



« Der Übergang vom Bachelor zum Master ist so geregelt, dass der Bachelor jeder Universität zum Masterprogramm gleicher Fachrichtung in jeder Universität berechtigt.»

«Präsenzpflicht erachte ich als quer»

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Waren Sie überrascht von den Protesten der Studierenden der Uni Bern?

Eigentlich nicht. Die Themen, die sie aufbrachten, hatte ich schon im vergangenen Sommer auf die Traktandenliste für die Besprechungen mit der Universitätsleitung gesetzt. Die Rückmeldung der Studierenden hatte ich schon vorher, ich treffe mich regelmässig mit den Studierendenorganisationen der Universität Bern. Das Thema «Verschulung, zu starke Strukturierung» war auch im Rahmen des Jubiläums 175 Jahre Universität Bern vielfach aufgekommen. Dass es einmal Studierendenproteste zum Thema Bologna hat geben müssen, hat mich nicht überrascht. Über die Form, wie mit Aula-Besetzungen, kann und muss man diskutieren, aber dass es überhaupt eine Reaktion gab, finde ich als positives Zeichen, dass sich die Studierenden mit dem Thema auseinandersetzen.

Hatten Sie Verständnis für die Anliegen der Studierenden?

Viele Anliegen der Studierenden sind richtig. Anzufügen ist, dass viele dieser Anliegen auch die Universität äussert. Somit sind viele dieser Anliegen nicht in einer Konfrontationsstellung.

Ein Problem sind die sogenannten Bulimie-Prüfungen. Oben reinfüllen und dann auf einen Schlag wieder auswerfen, haften bleibt nichts. Früher fanden die Prüfungen Ende der Semesterferien statt, heute am Ende des Semesters. Somit fehlt die Zeit für die Verdauung, man kann auch sagen für Freiraum. Werden solche Themen auch mit der Universitätsleitung besprochen und werden Sie da fast zum Fürsprecher der Studierenden?

Ich bin in erster Linie der Fürsprecher für eine gute Qualität der Bildung. Das ist im Interesse der Studierenden, aber auch der Universitätsleitung. In der Tat bespreche ich solche Themen mit der Universität. Die Freiräume und die Strukturierung des Studiums, die Möglichkeit von Teilzeitstudium, Präsenzpflcht und auch die Frage der Prüfungsmethoden sind auf der Traktandenliste. Wir forderten auch eine Stellungnahme der Studierenden ein. Sie sollten uns melden, wo sie Probleme sehen. Diese Stellungnahme haben wir der Universitätsleitung übergeben und werden sie mit dieser besprechen. Die konkrete Umsetzung liegt

aber bei der Universität. Eine Präsenzpflcht ist beispielsweise keine Vorgabe, das geschah auf Ebene Institut oder sogar der einzelnen Professur. Manchmal ist sogar nicht einmal die Universitätsleitung zuständig.

Ob die Form des Multiple Choice der Prüfungen oder deren terminliche Platzierung gut ist, kann ich nicht beurteilen. Ich setze mich in der Politik dafür ein, dass die Uni keine andere Form von Fachhochschule sein darf, sondern Grundlagenforschung betrieben wird. Da darf jemand über eine Formel nachdenken, von der man noch nicht weiss, ob sie jemals wichtig wird. Die Universität braucht Freiraum.

Die Studierendenproteste fielen zeitlich mit der Grossratsdebatte zusammen, in der die automatische Mitgliedschaft bei der Studierendenorganisation, soweit sie noch bestand, aufgehoben wurde. Für diesen Punkt kamen die Proteste im falschen Moment, oder?

Dafür ja. Ganz sicher. Das Bild eines Studierenden in der Hängematte in der Aula hat den Studierendenorganisationen geschadet. Die Forderung «Weniger Verschulung, mehr Freiräume» ist richtig, aber nicht, um in erster Linie in der Hängematte zu liegen. Es soll genügend und mehr Raum bleiben, einerseits sich sein Studium auch verdienen zu können, andererseits um zu denken.

Wie gross ist die Bereitschaft im Grossen Rat des Kantons Bern, Geld für die Uni locker zu machen?

Die Grundbereitschaft wäre an sich da, und die Universität hat einen grossen Rückhalt in der Gesellschaft und im Grossen Rat. Das Problem ist die Finanzlage. Der Kanton musste lange Zeit seine Finanzen sanieren und jetzt, wo das geschafft ist, kommt die Wirtschaftskrise. Die Krise hat den finanziellen Freiraum völlig weggefressen, ebenso wie die KVG-Revision des Bundes ihn einschränkt, indem es zur Konfrontation Bildung und Gesundheitswesen kommt. Der Verteilungskampf ist ein Problem. Es wird schwierig werden, die Sprünge zu machen, die nötig wären, um die Betreuungsverhältnisse zu verbessern. Es ist sicher nicht nur eine Frage der Mittel, denn man kann die Qualität des Studiums bei grossen Studierendenzahlen auch noch anders stärken. Aber es «schleckt keine Geiss weg», dass wir bei gleichbleibenden Mitteln für 14 000

Studierende anstatt wie früher für 10 000 Studierende Qualitätsprobleme erhalten.

Betroffen von der Bologna-Reform waren ja vor allem die Sozial- und Geisteswissenschaften. Von dort kamen auch die Proteste. Aus anderen Fakultäten gab es kaum Reaktionen. Gibt es eine Zweiteilung der Universität?

Wir machten eine Befragung der Studierenden mit der CRUS (Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten) und dem VSS. Ein Resultat ist, dass eine deutliche Mehrheit der Studierenden die Bologna-Reform positiv bewertet und zufrieden ist, bei allen Korrekturen, die sie sich noch wünschen. Weiter: In vielen Fakultäten hat sich tatsächlich mit der Bologna-Reform nicht viel verändert, nicht so in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dass der Protest von dort kommt, ist nicht überraschend. Vielleicht hatte man zu hohe Erwartungen an Bologna. Die Reform hat das, was ihr Ziel war, in grossen Teilen erreicht, nämlich eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse und einzelnen Leistungen, die Freizügigkeit nach dem Bachelor, an eine andere Uni zu gehen. Die Bologna-Reform hat aber auch Kinderkrankheiten und problematische Seiten. Die Universitätsleitungen bestätigen, dass es «effets pervers» gegeben hat. Zum Beispiel Präsenzpflchten, die man gar nicht wollte. Da müssen die Universitäten korrigieren und das machen sie auch. Die Studierenden wollten einfach nicht so lange warten, es musste etwas gehen.

Die Umsetzung der Bologna-Reform ist nach gängiger Ordnung Sache der Hochschulen. «Die gesellschaftlichen Leitplanken soll die Politik setzen, den Rest überlasst ihr am besten uns», so tönte es bei den Rektoren. Die Steuerungsmöglichkeiten eines Erziehungsdirektors sind da relativ klein.

Hier stimme ich nicht ganz zu. Es ist richtig, dass die Universität in der konkreten Umsetzung, wie man die Universität organisiert, wie man die Studiengänge gestaltet usw. grossen Freiraum braucht. In der Grundausrichtung kann aber die Politik schon sehr viel sagen. Die Politik etwa im Kanton Bern forderte lange eine Kürzung und Strukturierung der Studiengänge, um zu vermeiden, dass Studierende erst nach 18 Semestern abschliessen. Die Universität

hat versucht, den Vorgaben zu entsprechen. Wenn das dann dazu führt, dass einzelne Professorinnen und Professoren Präsenzpflichten bei Vorlesung mit einer Leistungskontrolle am Schluss einführen, so ist das aus einem falschen Verständnis des Bologna-Prozesses entstanden. Ich habe den drei Hochschulen in diesem Kanton signalisiert, dass ich von der Verschulung wegkommen will. Gewisse Strukturierung hilft den Studierenden ja auch. Präsenzpflicht erachte ich dabei als völlig quer, ausgenommen bei Seminaren, wo Präsenz und Mitmachen entscheidend sind.

In der Vernehmlassung zum Unigesetz hat sich gezeigt, dass die Notbremsen, die Sie einbauen wollen, umstritten sind. Wo wollen Sie Akzente setzen?

Der Grundansatz ist, dass die Universität in der Umsetzung und Organisation Schwerpunkte setzen soll. Die Universität ist der Ort, wo nicht die Wirtschaft und Gesellschaft von heute, sondern jene der Zukunft ermöglicht werden –, darum muss der Raum des freien Denkens vorhanden sein. Die Uni hat natürlich konkrete Ausbildungsaufgaben, die sie auch wahrnimmt, beispielsweise in der Medizin, Juristerei, Theologie. Die Notbremsen sind der Leistungsauftrag – wir sagen, welche Studiengänge, und wählen die Unileitung. Wir erachten die Wahl der Unileitung als Aufgabe der Politik – aber nicht die Wahl von Professorinnen und Professoren. Dass die Universität aus der Finanzstruktur des Kantons herausgenommen wird und eine eigene Rechnung erhält, zeigt, dass wir der Universität viele Kompetenzen geben wollen. Aber eine Art Notbremse wollen wir behalten.

Stichwort Auslagerung der Rechnung. Hier besteht relativ grosse Intransparenz, beispielsweise in der Medizin, wo nie ganz klar ist, wie viel der Bildung und wie viel dem Gesundheitswesen verrechnet wird. Ein heikles Thema, weil ja den Kantonen vorgeworfen wird, sie verschleiern bewusst die Finanzströme. Warum ist diese Transparenz so schwierig herzustellen?

Die Rechnung der Universität – das kann ich aber nur für den Kanton Bern sagen – ist transparent, wird auch von der Finanzkontrolle gründlich geprüft. Wir haben mit der Rechnungsführung kein Problem. Wir haben auch kein Misstrauen und kei-

nen Anlass dazu. Das Thema, das Sie ansprechen, ist allerdings ein grosses. In der medizinischen Universitätsklinik ist es sehr schwierig, genau auseinanderzuhalten, was zur Lehre und Forschung gehört und was Pflege ist. Was ist mit einem Professor, der einen Krankenbesuch macht und dabei von Studierenden begleitet wird? Ab wann ist er in der Lehre beziehungsweise Forschung und wann ist es eine Dienstleistung, die man mit der Krankenversicherung abrechnen kann? Da könnten wir eine unheimliche Bürokratie aufziehen, ohne zu einem korrekten Ergebnis zu kommen. Bei einer Spitzenmedizin wie etwa in der Herzchirurgie, wie wir sie haben, ist es noch schwieriger, Forschung und Dienstleistungen zu trennen. In dem Moment, in dem sie neue Methoden anwenden, erhalten sie auch immer Erkenntnisse für die Forschung.

Verschiedene Fragen, die in Zusammenhang mit Bologna aufgeworfen worden sind, waren schon vor Bologna vorhanden. Betreuungsverhältnisse, Stipendien, Studiengebühren nenne ich als Stichworte. Daran hat Bologna nichts geändert, oder?

Es gab bei den Studierendenprotesten tatsächlich Forderungen, die mit Bologna nichts zu tun haben. Mehr Stipendien wären sinnvoll, wenn auch finanzpolitisch nicht möglich. Bern steht diesbezüglich allerdings gut da. Die Harmonisierung der Stipendien ist in jedem Fall anzustreben, ein Prozess, welchen die EDK jetzt angestossen hat.

Die Bologna-Reform hat bei den Bachelor-Gängen eine gewisse Vereinheitlichung gebracht, was zu einer grossen inner-schweizerischen Mobilität geführt hat. Das führt aber zu Problemen, weil sie Masterstudierende aus unterschiedlichen Ausbildungen zusammenbringt. Müssen wir nun innerhalb von Masterprogrammen selektionieren oder wie will man dies regeln?

Möglichst wenig Selektion muss das Prinzip sein. Der Übergang vom Bachelor zum Master ist so geregelt, dass der Bachelor jeder Fachrichtung in jeder Universität berechtigt. So ist es auch in den Bologna-Richtlinien der SUK festgehalten. Nur in ganz spezifischen Fächern kann es ausnahmsweise möglich sein, gewisse Zusatzmodule zu fordern. Wer einen Chemiebachelor in Bern

macht, kann grundsätzlich in Zürich den Master beginnen.

Vor allem die Masterprogramme führen zu mehr Konkurrenz zwischen den Universitäten, auch zu mehr Spezialisierung. Nimmt man als Erziehungsdirektor hier Einfluss und bespricht mit der Universitätsleitung, wo man sich spezialisieren will?

Wie entsteht eine Exzellenz, ein Forschungsschwerpunkt in einem bestimmten Studiengang? Häufig wird über Vorstösse im Parlament der Eindruck erweckt, solche Schwerpunkte könnte man bestellen. Das sind sogar oft Anliegen, die mir persönlich sehr nahe liegen. Komplementärmedizin beispielsweise, oder ökologische Wirtschaft. Wenn man sich überlegt, wie eine Universität funktioniert, kann man dies aber eben nicht bestellen. Ein Schwerpunkt muss sich entwickeln. Dass Bern in der Weltraumforschung ein wichtiger Player ist, hat auch mit Zufall zu tun. Professor Dr. Johannes Geiss entwickelte ein Sonnensegel, das bei der ersten Mondexpedition 1969 aufgestellt wurde. Daraus entstand ein Schwerpunkt. Ähnlich ist der Werdegang bei der Klimaforschung, wo Bern vorne mit dabei ist. Dies geht auf die Eiskernbohrungen von Herrn Prof. Hans Oeschger in den frühen 60iger-Jahren zurück und in der Medizin sind die Schwerpunkte eng mit der Entwicklung des Inselspitals als Universitätsspital verknüpft. Bei diesen jetzt etablierten Schwerpunkten ist der Rückenwind der Politik vorhanden.

Ist Unipolitik somit auch Wirtschaftspolitik?

Ja. Aber Exzellenz in der Forschung entsteht aus einer Umgebung, die man ebenfalls nicht bestellen kann. Die Politik berücksichtigt dies zuwenig. Es braucht ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Umfeld. Das Kompetenzzentrum New Public Management beruht auf der Bundes-, Kantons- und Stadtverwaltung. In diesem Sinne sind die Schwerpunkte im Gegenzug wieder sehr wichtig für die Berner Wirtschaft.

Immer mehr Masterstudiengänge werden in englischer Sprache angeboten. Das erhöht zwar die Mobilität zwischen der deutschen und welschen Schweiz, ist aber staatspolitisch brisant, gerade für den Kanton Bern mit seiner Zweisprachigkeit. Das tut mir ein bisschen weh. Es darf nicht

dazu führen, dass in der Schweiz Englisch zur «Lingua franca» wird und die Bundesversammlung schliesslich Englisch spricht. Das wäre schlecht für das Modell der Schweiz. Etwas von dem, was ich an unserem Land am meisten liebe, ist, dass Sprachen und Kulturen friedlich miteinander zusammen leben. Ich schätze es, wenn einer an einer Sitzung Deutsch und der andere Französisch spricht und man einander versteht. Man muss nur schon nach Belgien und schon funktioniert das Modell nicht mehr so gut. Schon in Spanien klappt das auch nicht mehr. Wir müssen alles daran setzen, dass wir das Modell Schweiz erhalten können. Es ist nun aber wirklich so, dass in der Forschung Englisch immer mehr zu Hauptsprache wird.

Die innerschweizerische Mobilität nimmt zu, die europäische ab. Früher gab es Sprüche wie: «Es ist leichter von Bern nach Dublin zu gelangen als nach Zürich, um zu studieren.» Dies, weil die gegenseitige Anerkennung in der Schweiz nicht da war. Die Folge der zunehmenden Mobilität: Benefri, der Austausch zwischen Bern, Neuchâtel und Fribourg, kränkelt. Gibt es Benefri in zehn Jahren nicht mehr?

Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen Bern, Neuchâtel und Fribourg, aber auch eine mit Basel oder im Fall von Veterinärmedizin mit Zürich, wo wir eine gemeinsame Fakultät haben. Das Abkommen Benefri in dieser Form als strukturierte Dauerzusammenarbeit ist nicht mehr aktuell. Entscheidend für die Uni Bern ist ein Netz der Zusammenarbeit, dort, wo es etwas bringt. Eine Win-win-Situation entsteht, wenn beide Partner durch die Zusammenarbeit gewinnen.

Mit Neuchâtel wurden in der Physik sogar Professuren verschoben, oder wir arbeiten mit Fribourg in einzelnen Themen zusammen.

Der Einfluss eines einzelnen Kantons ist damit aber auch schon wieder eingeschränkt. So frei kann er nicht mehr sagen, das bieten wir an und das nicht.

Richtig. Wir könnten natürlich sagen, dies und das bieten wir nicht mehr an, indem wir den Leistungsauftrag anpassen. Theoretisch kann die Politik Studiengänge streichen. In einem Bereich stark zu werden, können wir in Form von Ermunterung und Rückenwind



« Es soll genügend und mehr Raum bleiben, einerseits sich sein Studium auch verdienen zu können, andererseits um zu denken.»

unterstützen, aber nicht auf der Bestellliste ankreuzen. Dieses Vorgehen würde der Universität langfristig sogar schaden. Wenn Firmen und Forscher wüssten, dass die Politik das Angebot bestimmt, beispielsweise weil für den aktuellen Erziehungsdirektor ein Thema gerade wichtig ist, und sich die Uni danach ausrichten muss, wäre das Gift gerade für die Forschung, die von unten wachsen muss. Das Vertrauen in die akademische Selbstständigkeit würde auch schwinden. In Feuerland machen wir klimatische Forschungen. Ob diese für die Zukunft der Menschheit entscheidend sind, wissen wir heute nicht. Vielleicht wird von fünf Forschungsthemen eines ein Erfolg, aber welches, wissen wir heute nicht.

Es macht wohl auch keinen Sinn, weil die Gefahr droht, dass alle vier Jahre mit den Kantonswahlen ein Richtungswechsel ansteht? Das wäre eben genau schlecht. In vier Jahren ebenso wie in acht. Es könnte sein, dass etwas abgeklemmt wird, das entsteht.

Dann hat also ein Erziehungsdirektor mehr eine überwachende Funktion, er muss Missbräuche verhindern?

Ja. Die Politik ist da, um die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, ein Umfeld zu schaffen und das Grundangebot festzulegen. Weiter ist sie dafür da, für die Studierenden die rechtlichen Grundlagen über Pflichten und Rechte zu bestimmen. Die Politik soll auch die Ausrichtung diskutieren, aber nicht vorgeben. Das darf man nicht unterschätzen. Die Verringerung der Studienzeiten war nie auf einer Bestellliste, wurde aber dann von beiden Seiten umgesetzt, also von Politik und Unileitung.

Man unterschätzt immer etwas den Einfluss der Berufsverbände. In Bern bestimmt der Anwaltsverband, dass es für einen Fürsprecher einen Masterabschluss braucht. Oder dann sagen Wirtschaftsverbände, in unserer Branche genügt ein Bachelor auf jeden Fall nicht.

Das ist richtig, und das könnte eine Gefahr sein. Wenn die Berufsverbände bei den Universitäten mehr Bachelor und bei der Fachhochschule mehr Master verlangen, dann haben wir ein Problem, weil es nicht der Grundausrüstung entspricht. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden so wichtig. Grundsätzlich ist man sich

aber in der Schweiz einig, dass in Fachhochschulen nur bei speziellen Themen und Führungsbereichen der Master gefordert wird.

Die Verringerung der Studienzeiten hatte den Nebeneffekt, dass gewisse Studiengänge endlich mal entschlackt wurden.

Warum geht das nur so?

Die Beschleunigung der Studiendauer und die stärkere Strukturierung waren ja grundsätzlich richtig. Für viele Studierende ist es ja auch ein Problem, wenn das Studium wenig strukturiert ist und zu lange geht. Das Problem ist höchstens, dass das Pendel zu stark in die andere Richtung ausgeschlagen hat.

Aber das ist doch auch eine Systemschwäche der Universität, dass man in jeden Studiengang soviel hineinpropft, weil niemand etwas abgeben will?

Und mit Bologna hat man mit der Anzahl Credits eine Art Grössenordnung festgelegt, wie viel Aufwand ein Bachelor umfassen darf. Das ist ein Vorteil.

20 Jahre ist nichts bis wenig gegangen und mit Bologna ist in fünf Jahren einiges in Bewegung geraten.

Bologna hat tatsächlich viele Vorteile. Nur weil wir das Gefühl haben, es hätte bei der Einführung einige Schwierigkeiten gegeben, dürfen wir keineswegs sagen, die Bologna-Reform sei des Teufels. Man darf keineswegs das Kind mit dem Bad ausschütten. So hat die Bestimmung des Umfangs eines ECTS-Punktes, d.h. die Arbeitsstunden, dazu geführt, dass das nicht jede Fakultät beliebig selber definieren darf. Das hat für die Studierenden sehr grosse Vorteile gebracht und das wird auch geschätzt. Man darf sich aber grundsätzlich fragen, ob die Arbeitsstunden tatsächlich das entscheidende Kriterium sein sollen. Es darf nicht dazu führen, dass man am Ende noch die Arbeitsstunden der Studierenden aufschreibt und kontrolliert.

Nun beginnen sich die Ausrichtungen von Fachhochschulen und Universitäten zu vermischen, indem Masterprogramme bei den Fachhochschulen ausgebaut werden und sie den Normabschluss bilden könnten.

Wie kann hier die Politik Einfluss nehmen? Vonseiten der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren sowie vom Fachhochschulrat wurde immer gesagt: In der Fachhochschule soll der Master nicht der Normabschluss

sein, sondern der Bachelor. Der Bereich Kunst ist da allerdings eine Ausnahme. Im Masterplan der Fachhochschulen ist es von der Mengenbestellung klar vorgegeben, auch finanziell. Aber die schleichende Tendenz ist tatsächlich eine Gefahr. Da finde ich es problematisch, wenn man von einer Mindestanzahl von Studierenden für einen Master ausgeht, wie sie der Bund vorgibt. Ich kann mir vorstellen, dass der Master, der ja für die Vertiefung der Forschung dient, auch nur für wenige Studierende angeboten wird. Klar gibt es dabei ein Problem mit der kritischen Masse und den Kosten pro Studierenden.

Noch zu Fachhochschule/Universität: In der Grundausrichtung müssen die Profile der beiden Institutionen tatsächlich klar getrennt sein. Es wird aber nicht immer möglich sein. Heute wollen vor allem Männer an die Fachhochschule, während der Frauenanteil an den Universitäten höher ist. Männer sind stärker anwendungsorientiert. «Gleichwertig, aber andersartig», dieser Grundsatz beginnt sich zu erfüllen.

Wie klappt die Zusammenarbeit der Kantone, gerade auch bei den Finanzen? Oder anders gefragt: Ist es bei den Fachhochschulen für einen Erziehungsdirektor einfacher zu koordinieren als bei den Universitäten, die viel mehr vernetzt sind und wo der Bund mitmischt?

Man muss sich vor Augen halten, dass der Bund bei den Fachhochschulen sehr stark mitredet. Seine Subventionen sind auch immer stark an Bedingungen geknüpft. Der Einfluss des Bundes bei den Fachhochschulen ist gross, und er macht sogar bei den Bauten Vorgaben, die er mitsubventioniert. Bei den Unis, abgesehen von den beiden eidgenössischen Hochschulen, bestimmt der Bund in der SUK, der Schweizerischen Universitätskonferenz, mit, und dann vor allem de facto enorm bei der Finanzierung über den Nationalfonds.

Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen auf Fachhochschulebene ist – so meine persönliche Einschätzung – einfacher. Auch darum, weil man schon Strukturen hatte und die Politik Kooperationsbereiche beim Aufbau von Anfang an wünschte. Und auch, weil man von der Nachfrage her klarer weiss, was man will. Die Universität hat eine über Jahrhunderte weg entwickelte Freiheit, die auch ihrer Rolle in der Grundlagen-

forschung entspricht. Am stärksten wird der politische Einflussbedarf auf die Hochschule in der Pädagogischen Hochschule, wo der Kanton der praktisch einzige Abnehmer ist. Der Autonomiegrad sinkt je nach Zahl der Abnehmer und bei der PH ist er am kleinsten.

Haben die Fachhochschulen den Bildungsdruck senken können? Es ist ja so, dass die abgebende Stufe in der Volksschule definiert, ob die Qualität für die obere Stufe gegeben ist und somit Eltern hier Druck aufsetzen für ihr Kind.

Ja, sie haben den Druck, unbedingt an die Universität zu wollen, sicher gesenkt. Aber den Eltern ist noch zuwenig bewusst, wie viele Chancen heute die Berufsbildung gibt. Man kann heute einer jungen Person wirklich sagen, dass er oder sie den Weg der Berufsbildung oder des Gymnasiums gehen kann und bei beiden Chancen hat. Erstens kann man mit der Passerelle umsteigen, es gibt aber auch bei beiden Wegen die Möglichkeit für den Besuch einer Hochschule und man kann heute mit den Fachhochschulen nicht mehr sagen, dass der Berufsbildungsweg nicht alle Karrierechancen öffnet. Alle können auf dem Berufsweg Qualitäten heranbilden, die in der Wirtschaft sehr gefragt sind. In vielen Bereichen ist zwar der Lohn nach der universitären Ausbildung noch höher, aber längst nicht mehr überall. Die Fachhochschulen haben sehr stark zur Gleichwertigkeit der Bildungswege beigetragen und den Bildungsdruck objektiv gesenkt. Ob das bereits bei den Eltern angekommen ist, frage ich mich allerdings.

bw

Ad personam

Bernhard Pulver, Dr. iur., DEA «Droits de l'homme», Studium in Neuchâtel und Strasbourg, 1987–95 Generalsekretär der Grünen Partei, 1995–2002 Rechtsstudium, Assistenz am Staatsrechtlichen Institut, Nachdiplomstudium und Doktorat, 2003–06 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Justiz, 2005–2006 Lehrbeauftragter für Staatsrecht an der Universität Neuchâtel. 3 Jahre Stadtrat in Bern, 7 Jahre Mitglied des Grossen Rates, seit 1. Juni 2006 Vorsteher der Erziehungsdirektion.